

## Schutz statt Sperre

### Wie sieht Kinderschutz im Internet aus?



Es ist wichtig, dass bei der Debatte um das Thema “Kinderpornographie”, die Eltern - bei denen Ängste geschürt werden – nicht alleine gelassen werden. Präventionsprogramme, Aufklärungsbroschüren und Beratungsstellen sind wichtige Bausteine im Gesamtpaket, mahnt Heinrich Braun, Geschäftsführer des Kinderschutzbundes in Landau.

*„Wenn ein Flugzeug abgestürzt ist, dann reisen sofort Flugsicherungsexperten der zuständigen Bundesbehörde und Ingenieure der betroffenen Firmen und Fluggesellschaften an, um den Fall zu untersuchen. Es werden alle nur möglichen Anstrengungen gemacht, um den Flugschreiber, ein automatisches Datendokumentationsgerät, zu bergen. Bis ins kleinste Detail wird die Katastrophe rekonstruiert. Und ähnlich intensive Bemühungen um Aufklärung der Zusammenhänge kennen wir von Industrieunfällen, wie überhaupt Verfahrenskontrollen in der Industrie seit Jahrzehnten üblich sind. In Berlin haben wir sogar eine Bundesanstalt für Materialprüfung, die mit nichts anderem als mit Sicherheits- und Verlässlichkeitsprüfungen produzierter Materialien beschäftigt ist, also beispielsweise mit der Frage, wie tragfähig Betondecken in Parkhäusern sein müssen und ob sie eine erhebliche Mehrbelastung des Normwerts aushalten. Alles dies sind Beispiele der Qualitätssicherung. Sie sind fachlich in der Industrie seit langem etabliert und niemand käme auf den Gedanken, sie in Frage zu stellen. Allenfalls werden Forderungen laut, sie zu verbessern oder gar noch zu intensivieren.“ Reinhard Wolff.*

Das alles sollte ebenso für soziale Hilfssysteme und insbesondere für die Kinderschutzarbeit in der Sicherheit im Netz gelten. Und nur unter diesem Gesichtspunkt sollte die aktuelle Diskussion um die Sperren und Internetzensuren bestimmter Webseiten gehen. Es braucht eine Diskussion der professionellen Tradition, um differenzierte Standards und Methoden der Qualitätssicherung zu entwickeln.

### Was ist eine Internetzensur und eine Sperlliste?

Aktuell soll ein Gesetz gegen Kinderpornographie auf den Weg gebracht werden. Daneben haben sich im April die fünf größten Internetprovider Deutschland entschieden einen Vertrag mit dem Bundeskriminalamt (BKA) zu unterzeichnen, eine durch das BKA geführte Sperlliste umzusetzen.

Wichtig ist aber, wie über das Thema “Kinderpornographie” gesprochen wird. Die Bilder und Aufnahmen, die zur Zeit Gegenstand der öffentlichen Diskussion sind, sind Folgeprodukte von sexuellem Missbrauch, von der Kinder-Prostitution bis zum Menschenhandel.

Mindestens der "Sex-Tourismus", bei dem Täter Kinder missbrauchen und gleichzeitig Aufnahmen herstellen die unentgeltlich verteilt werden, muss separat thematisiert werden. Wer nur von "Kinderpornographie" spricht, nimmt ein Mosaik-Stückchen aus einem Gesamt-Phänomen und verharmlost das Problem. Wer über "Kinderpornographie" spricht, muss auch über "Kindesmissbrauch" sprechen.

Der breiten Öffentlichkeit wird der Eindruck vermittelt, "bestimmte Webseiten" sind der Hauptumschlagsplatz für Kinderpornographische Schriften und die gilt es für den meist unbedarften „Anklicker“ mit einem „Stopp-Schild“ zu versehen, so dass der Konsument informiert wird, dass seine Daten an Vollzugsbehörden zur Überprüfung weitergeleitet werden.

Die Realität der wirklichen Kommunikation der Kinderpornographie sieht anders aus; Angefangen vom (mitunter offenen!) DVD-Verkauf auf Marktplätzen in bestimmten Ländern bis hin zur Tatsache, dass die direkte Kommunikation (MMS, Mails, P2P) der Hauptträger ist.

Zunehmend wird berichtet, dass "80%" der Nutzer zufällig solche Werke im Internet finden und dies als "Einstiegsdroge" nutzen würden. Es entsteht der Eindruck, dass eine solche Neigung "erlernbar" ist. Gesunde Menschen, die mit einschlägigen Werken konfrontiert werden, sind eher traumatisiert und benötigen mitunter danach seelische und psychologische Betreuung. Keinesfalls findet man, wenn man es nur lange genug zufällig konsumiert, Gefallen daran.

Es sind vor allem Eltern, die verunsichert werden. Das ist verständlich und nachvollziehbar, lebt man heute als Elternteil doch ohnehin in ständiger Angst um seine Kinder. Dies gerade, weil es sich beim Kindesmissbrauch um ein Tabu-Thema handelt, zu dem kaum seriöse Informationen zu finden sind. Wichtig ist es beispielsweise, zu wissen, dass über 80% der bekannten Fälle innerhalb der eigenen Familie beziehungsweise dem direkten familiären Umfeld stattfinden. Das soll nicht den Blick auf die Umschlagplätze der hergestellten Werke verwässern, aber helfen, die Aufmerksamkeit der Eltern im Bereich der Prävention und Erkennung richtig zu lenken.

In der aktuellen Diskussion werden Markt-Wirklichkeiten verzerrt. Es entsteht der Eindruck, als gäbe es "Anbieter" und "Konsumenten". Das ist falsch, der einschlägige Markt ist nicht klar strukturiert - es gibt sowohl den Vertrieb durch eine organisierte Kriminalität, aber eben auch Konsumenten, die mitunter eigenes Material herstellen (siehe "Sex-Tourismus") und ohne Entgelt vertreiben. Einfache Lösungsmöglichkeiten, wie eine Internetzensur wären natürlich wünschenswert. Gefordert ist vielmehr aber ein umfassendes Vorgehen, das vor allem finanzielle und personelle Ressourcen braucht und vor allem eine zumindest auf Europäischer Ebene abgestimmtes Vorgehen.

Kinderpornographie und Kindesmissbrauch sind international geächtete Verbrechen. Das "Übereinkommen über die Rechte des Kindes" mit dem "Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über Rechte des Kindes" ist faktisch weltweit unterzeichnet. Dennoch die Petition "Internet - Keine Indizierung und Sperrung von Internetseiten" ist die erfolgreichste seit Einführung des Online-Petitionsverfahrens (Petition des Bundestages vom 22. April 2009-05-28 <https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition;sa=details;petition=3860>).

Innerhalb von kürzester Zeit wurde die erste Grenze von 50.000 Mitzeichnern erreicht, was in der Regel eine Behandlung im Petitionsausschuss des Bundestags bedeutet. Seit Tagen fiebert die Internet-Gemeinde der 100.000-Mitzeichner-Grenze entgegen. Dieser wurde am heutigen Donnerstag um 11.36 Uhr erreicht, als Marco Thomas aus Rheinland-Pfalz die Petition mitzeichnete.

Der Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestages hat gestern beschlossen, am 27. Mai 2009 eine öffentliche Anhörung zum Gesetzesentwurf zur Bekämpfung der Kinderpornographie in Kommunikationsnetzen durchzuführen.

Der Präsident des Kinderschutzbundes, Heinz Hilgers, mahnt die Sperrung von einschlägigen Internet-Seiten an. "Der Staat hat die Verpflichtung, das Verbot von Kinderpornografie nicht nur strafrechtlich, sondern auch präventiv und medientechnisch durchzusetzen", sagte Hilgers der «Rheinischen Post» am 27. Mai 2009. Es wäre auch wünschenswert, Maßnahmen in die Wege zu leiten die Angebote einfach abzuschalten, statt sich darauf zu konzentrieren den Zugriff zu erschweren. Der Deutsche Kinderschutzbund geht einen anderen Weg und will mit anderen Organisationen eine Stellungnahme für die Einrichtung von Internetsperren mitsamt weiteren Forderungen abgeben. Birgit Pohl vom Kinderschutzbund bestätigte einen Bericht im *Handelsblatt*, laut dem ihre Organisation dabei momentan mit dem Videotheken-Verband IVD, der Kinderschutzinitiative Ecpat und den Kinderschützern von Innocence in Danger koordiniert. Momentan beraten die Gremien des Kinderschutzbundes, so Pohl.

Die Organisationen unterstützen im Kern den Gesetzentwurf der Bundesregierung, allerdings sollte die Liste gesperrter Seiten durch ein unabhängiges Gremium kontrolliert werden, hatte Ekkehard Mutschler, Vorstandsmitglied des Kinderschutzbundes, gegenüber dem *Handelsblatt* erklärt.